



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 26.06.2018, 18:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Werkstattbericht LivingLaB
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses. Er stellt fest, dass seitens des Gremiums keine Einwände gegen die Tagesordnung bestehen. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Herr **Conte** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen), Frau **Gerock** (LivingLaB), Herr **Handtrack** und Herr **Sonnet** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) berichten über die Arbeit des LivingLaB im Bereich der Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur. Die Präsentation hierüber liegt der Niederschrift bei. So sei der Verkehrsrechner nicht mehr zeitgemäß und sei erneuert worden. Es gebe nunmehr vielfältige Möglichkeiten der Analyse der Verkehrsströme, der Auslesung von Daten und deren Weiterverwendung bspw. im Zuge der Busbeschleunigung. Auch für die Priorisierung von Einsatzfahrzeugen werde ein Pilotprojekt auf der B27 gestartet. Die Digitalisierung finde statt im Zusammenhang mit dem Sofortprogramm Saubere Luft. Darunter falle auch die Etablierung des 5G-Mobilfunkstandards in Ludwigsburg.

Die 5G-Technologie sei Voraussetzung für autonomes Fahren, führt OBM **Spec** aus. Ludwigsburg habe gute Chancen, als eine der ersten Testkommunen in das Förderprogramm des Bundes aufgenommen zu werden. Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim würden hier wertvolle Vorarbeit leisten. Integriert in die optimierte Ampelschaltung würden auch die Fußgängerampeln und Radfahrer. Die Entwicklung im Bereich der Ampeln geschehe zusammen mit der Firma Swarco; Ludwigsburg sei hier Pilotstadt für Forschung und Entwicklung.

Stadtrat **Link** regt an, an den Ampeln die Geschwindigkeit für die Grüne Welle anzuzeigen. Dies werde laut OBM **Spec** bei der Car2X-Technologie möglich sein. In der Weststadt wolle man Geschwindigkeitsanzeigen testweise installieren.

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus, dass der Anlass für die Digitalisierung in der Verkehrsinfrastruktur die erhöhten Stickoxidwerte seien. Die Frage sei, ob die Digitalisierung die Probleme lösen könne. Vom Auto auf den ÖPNV oder das Fahrrad umzusteigen wäre besser. Die Digitalisierung sollte vor allem in den Dienst des ÖPNV gestellt werden. Die Implementierung im Parkraummanagement sei ebenfalls positiv.

Wichtig sei aus Sicht von Stadträtin **Liepins**, in der Verbesserung und der Beschleunigung des ÖPNV voranzukommen.

Die Stadt sei damit auf einem guten Weg, meint Stadtrat **Weiss**. Die Etablierung der Projekte verlange eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen Fachbereiche, was auch bereits so

geschehe. Wichtig sei, dass der ÖPNV auch ohne BRT und Stadtbahn und jetzt schon beschleunigt werden könne. Er fragt nach der weiteren Zeitplanung.

Stadtrat **Eisele** führt aus, dass die Smart City den Bürgern Zeit spare, vor allem im Verkehr. Man setze große Hoffnungen auf die Projekte. Die geplante Teststrecke für die Vorrangschaltung für Einsatzfahrzeuge mache die Vorteile der Digitalisierung sichtbar für die Bürgerinnen und Bürger, dies sei positiv.

Als insgesamt zu autozentriert bezeichnet Stadtrat **Bauer** die Vorhaben. Er wünscht sich Verbesserungen auch für Fußgänger und Radfahrer.

OBM **Spec** erläutert, dass die Ideen der Nachhaltigen Mobilität seit drei Jahren verfolgt werden. Durch die höhere Förderung erhalte die Entwicklung seit einem Jahr weiteren Schub; in Ludwigsburg sei dies durch die Doppelstrategie, zusätzliche ÖPNV-Angebote und die neustrukturierten Tarife ersichtlich. Radwege und -schnellwege seien auch zur Förderung angemeldet. Auch für Fußgänger sei viel getan worden. Die heutige Vorstellung betreffe ein Teilssegment der Förderung der Nachhaltigen Mobilität. Der positive Trend der Luftreinhaltung, der durch die Flottenerneuerung erreicht werde, soll durch zusätzliche Maßnahmen unterstützt werden. Ziel sei die Vermeidung von Fahrverboten und die Senkung der Stickoxidwerte.

Die Verkehrsarten sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, so Stadtrat **Weiss**. Es müsse eine vernünftige Lösung zugunsten aller Verkehrsteilnehmer gefunden werden.

Bei objektiver Analyse könne man feststellen, dass Stau in Stoßzeiten vorherrsche, sagt Stadtrat **Prof. Vierling**, da die Autoquote zu hoch sei. Eine Autobevorrechtigung meine dann ein Ausbremsen von Radfahrern, Fußgängern und ÖPNV. Dadurch entstehe eine Konkurrenz der Verkehrsträger.

OBM **Spec** führt aus, dass die Förderung beinhalte, die Erkenntnisse aus der Pilotphase dann flächendeckend in der Stadt einzuführen. Dies werde unterstützt von der Verzahnung durch die Smart City Cloud.

Herr **Conte** erläutert konkrete Anwendungsbeispiele, die durch die neuen Ampelschaltungen möglich seien; so erkenne die Ampel in der Friedrich-Ebert-Straße Fahrradfahrer durch Kontaktschleifen früher und die Radfahrer müssen die Grünphase nicht extra anfordern.

Stadtrat **Prof. Vierling** bittet um schriftliche Ausarbeitung der vorgestellten Projekte.

Herr **Handtrack** erläutert ergänzend, dass die Ampelschaltungen und die Algorithmen der Steuerung immer weiter verbessert würden. Es gebe Beispiele aus anderen Städten, in denen eine Verflüssigung des Verkehrs eingetreten sei.

Die momentan vorhandenen Fördermöglichkeiten wolle die Stadt mitnehmen, führt OBM **Spec** aus. In Ludwigsburg seien zukunftsfähige Arbeitsplätze bei Automobilfirmen angesiedelt, die in der Stadt ein Testfeld vorfinden. Er dankt dem Team der beteiligten Fachbereiche, das die Innovationsthemen vortranbringe.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg beauftragt die Siemens AG mit der Erstellung eines Green City Master Plan im Zusammenhang mit dem Sofortprogramm Saubere Luft der Bundesregierung. Die Vorlage dieses Masterplans beim Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) ist zwingende Voraussetzung, um an weiteren Förderaufrufen aus dem Sofortprogramm für Digitalisierung teilnehmen zu können.

Die Gesamtsumme dieser Beauftragung beläuft sich auf 196.789,82 € (brutto) und wird zu 100% durch das BMVI gefördert.

Insgesamt wurden im Rahmen des Förderprojekts 337.284,00 € als 100%-Förderung genehmigt. Die verbleibenden Umfänge in Höhe von 140.494,18 € entfallen u. a. auf einen Unterauftrag für eine Forschungseinrichtung i. Z. mit der Simulation der Flottenzusammensetzung in den kommenden Jahren in Höhe von 31.154,20 € (brutto). Für diese Leistung liegt ein Angebot des Forschungsinstituts für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) der Universität Stuttgart vor.

Für die Durchführung eines Expertenworkshops im Städtenetzwerk Plattform Urbane Mobilität (PUM) zum Austausch der Wirkungsanalysen vergleichbarer Maßnahmen sind 23.800 € (brutto) veranschlagt.

Die verbleibenden Fördermittel in Höhe von 85.539,98 € sind für Unteraufträge zum Kauf von erforderlichen Daten für die Erstellung des Masterplans sowie für grafische und drucktechnische Aufbereitung der Unterlagen und Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadtrat V. Lutz

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und bittet Herrn Handtrack um Sachvortrag.

Herr **Handtrack** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt den Förderantrag anhand einer Präsentation vor. Diese liegt der Niederschrift bei.

Die Digitalisierung leiste einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung in Ludwigsburg, so Stadtrat **Braumann**. Die Vielzahl an Maßnahmen würde dazu beitragen, die Grenzwerte einzuhalten. Der Green City Masterplan sei dafür ein guter Überblick. Die Zeit dränge aus seiner Sicht, um Fahrverbote zu vermeiden. Erfreulich sei die hundertprozentige Förderung durch den Bund. Stadtrat Braumann erkundigt sich, welche anderen Städte das Tool nutzen. Die öffentliche Diskussion des Themas sei unabdingbar.

Erstmalig sei dem Gemeinderat ein Entwurf der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Sofortprogramm Saubere Luft vorgelegt worden, sagt Stadtrat **Prof. Vierling**. Er fragt nach den

daraus resultierenden Stickoxid- und Feinstaub-Verringerungen und nach konkreten Details der einzelnen Maßnahmen. Relevant sei am Ende die Wirkungsanalyse, da diese schlussendlich vor Gericht zähle. Ihn wundert die Beschlussfassung, da die Beauftragung einen Zeitraum von sechs Monaten meine, aber bereits in einem Monat abgeschlossen werde. In diesem Sinne komme die Vorlage zu spät in die Beschlussfassung.

Für Stadtrat **Dr. O'Sullivan** sie die hundertprozentige Förderung durch den Bund erfreulich. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die im Green City Masterplan aufgezeigten Maßnahmen ihre Wirkung entfalten. Allerdings seien einzelne Maßnahmen wie die Doppelstrategie nicht schnell umsetzbar. Er fragt, warum nun im Nachgang der eigentlichen Erarbeitung der Beschluss erfolge.

Als wichtige Sache bezeichnet Stadtrat **Eisele** den Green City Masterplan, für den die Stadt Los Angeles ein wichtiges Vorbild gewesen sei. Die Nachhaltigkeitsaspekte würden auch tangiert. Er hofft auf die weitere gute Entwicklung im Bereich der Luftreinhaltung.

Stadtrat **Bauer** erkundigt sich nach dem Reifegrad der verwendeten Software in Bezug auf die Ludwigsburger Simulation.

Vor Gericht würden die Maßnahmen, die innerhalb von drei Jahren Erfolge zeigen, eine Rolle spielen, so OBM **Spec**. Manches sei in der Tat ambitioniert, die zeitliche Anstrengung sei allerdings gut. Es gebe eine Projektpartnerschaft mit Porsche, die demnächst im Ausschuss vorgestellt wird. Über die einzelnen Maßnahmen werde man inhaltlich diskutieren, sobald sie feststehen.

Als Beispielstadt nennt Herr **Handtrack** Erlangen. Das Programm sei ausgereift und seit vielen Jahren im Einsatz. Durch das Tool würden die Ergebnisse relativ konkret abbildbar, sogar für einzelne Straßenzüge. Zum Zeitplan führt er aus, dass seit Januar die Arbeiten am Green City Masterplan laufen würden. Die Förderanträge müssten bis zum 31. August 2018 abgegeben sein. Zusätzlich gebe es eine Eigeninitiative des Verbands der Automobilindustrie zur Unterstützung stickoxidbelasteter Städte. Ludwigsburg arbeite hier mit der Firma PTV (Porsche) zusammen, einem Unternehmen zur Simulation von Verkehrsströmen. Man habe festgestellt, die Grenzwerte tendenziell Anfang 2020 in Ludwigsburg einzuhalten.

OBM **Spec** stellt sodann die Vorlage 216/18 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Beteiligung der Stadt Ludwigsburg als Konsortialführer in dem der Begründung dargestellten Projekt „DiaMANT – Dialog für automatisierte, vernetzte und elektrische Mobilität: Anwendungen-Nutzerinteressen-Technik,, mit einer Gesamtsumme von 2.879.800 Euro wird zugestimmt.
2. Als beteiligte Konsortialpartner werden die Technische Akademie Schwäbisch Gmünd e. V., Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB), Universität Stuttgart, Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren (FKFS), Landeshauptstadt Stuttgart, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Karlsruher Institut für Technologie (KIT), e-mobil BW GmbH mit der Durchführung des Projekts beauftragt.
3. Der auf die Stadt Ludwigsburg entfallende Finanzierungsanteil von 452.200 Euro wird im Haushaltsplan 2019 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
 Stadtrat Kube
 Stadtrat V. Lutz

Beratungsverlauf:

Herr **Handtrack** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt das Forschungsprojekt DiaMANT zum automatisierten Fahren und die Projektpartner anhand einer Präsentation vor. Diese liegt der Niederschrift bei. Zum Forschungsprojekt gehöre ein Schulungszentrum, Anwendungsgebiet in Stuttgart sei bspw. die Abstellanlage der Busse und die nächtlichen Rangierfahrten. Ein Shuttlefahrzeug der Marke „Paravan“ werde künftig in Ludwigsburg in der Weststadt fahren. Abschließend geht er auf die Kosten des Projekts ein.

Es erfolge eine enge Zusammenarbeit mit dem KIT in Karlsruhe, so OBM **Spec**. Dort werde das Land ein Kompetenzzentrum zum automatisierten Fahren einrichten. Ein Teil der Forschung und Entwicklung bleibe aber mit dem Projekt „DiaMANT“ in der Region Stuttgart. So können auch in Zukunft Arbeitsplätze in dem Sektor hier gehalten werden. Einsetzbar seien die autonom fahrenden Busse insbesondere in Straßen, in denen keine konventionellen Busse durchfahren können.

Laut Stadtrat **Braumann** werde dadurch Neuland in Ludwigsburg betreten. Ihm ist wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in die neuen Techniken mit einzubeziehen. Etwaige Sorgen könnten dadurch abgebaut und Vertrauen geschaffen werden. Viele Menschen seien auch neugierig auf die neue Technik, vor allem in den Stadtteilen. Er bezeichnet das Projekt als Schritt in die richtige Richtung.

Ein sofortiger Beschluss sei für Stadtrat **Prof. Vierling** verfrüht. Automatisiert fahrende Busse seien besonders geeignet als Zubringer zu ÖPNV-Schnittstellen. Es stellt sich die Frage, welche Erkenntnisse man aus dem Forschungsprojekt erwarte. In der Weststadt seien ebenfalls

Maßnahmen im betrieblichen Mobilitätsmanagement möglich, die durch die dort finanzstarken Unternehmen durchgeführt werden könnten. Eine reine Finanzierung durch die öffentliche Hand sollte zugunsten einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP) aufgegeben werden.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** meint, dass das Projekt sehr weit in die Zukunft weise. Er fragt nach dem konkreten, kurzfristigen Nutzen in Ludwigsburg. Die Teilnahme am Forschungsprojekt sei für Ludwigsburg erfreulich. Etliche Grundsatzfragen würden allerdings bleiben; so seien ethische, verkehrsrechtliche, soziale Fragen noch nicht geklärt. Abschließend erkundigt er sich nach der Abgrenzung zum Westexpress in der Weststadt.

Das automatisierte Fahren sieht Stadtrat **Weiss** vor allem unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung für die Region und die Stadt und bedeute eine Innovation für die Weststadt. Insgesamt trage das Projekt zur Imagesteigerung Ludwigsburgs bei.

Die Stadt sollte bei diesem Forschungsprojekt dabei sein, führt Stadtrat **Eisele** aus. Der Zukunftsforscher Lars Thomsen habe bei der Zukunftskonferenz gesagt, dass das automatisierte Fahren kommen werde. Es seien in Amerika im Testbetrieb zwar Unfälle passiert, die Logarithmen würden allerdings immer besser und durch die Tests verfeinert.

OBM **Spec** führt aus, dass europäische und deutsche Hersteller bei der Technik des automatisierten Fahrens im Hintertreffen seien und ihre Kompetenzen nutzen müssten. Die Forschung müsse in der Region bleiben, dies sei eine nachhaltige Wirtschaftsförderung. In diesem Sinne profitiere die gesamte Region. Die Technik werde in Zukunft billiger werden und für verschiedene Zielgruppen ergäben sich dadurch neue Möglichkeiten. Der nun eingerichtete Shuttleverkehr ersetze nicht den Westexpress und auch nicht die Bestrebungen eines betrieblichen Mobilitätsmanagements der Unternehmen in der Weststadt

Herr **Handtrack** ergänzt, dass hier Grundlagenforschung betrieben und das reale Fahrverhalten im Straßenverkehr getestet werde. Vom Haupteinsatz des Systems sei man noch weit entfernt.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Prof. Vierling** antwortet Herr **Handtrack**, dass das Fahrzeug acht Plätze habe. Der Fahrer, der rechtlich noch vorgeschrieben ist, sei am Steuer und könne im Bedarfsfall die Gewalt über das Fahrzeug übernehmen.

OBM **Spec** stellt sodann die Vorlage 235/18 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Bericht 2017 der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushalt 2018 kalkulierte städtische Zuschuss in Höhe von insgesamt 821.300 Euro wird zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadtrat Kube
Stadtrat V. Lutz

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf und begrüßt Frau Schützer (Geschäftsführende Schulleiterin Jugendmusikschule) und Frau Stegmann (1. Vorsitzende Förderverein Jugendmusikschule). Frau Stegmann habe eigentlich ihren Rücktritt als 1. Vorsitzende vor einem Jahr bekanntgegeben und mache weiter, bis ein Nachfolger gewählt ist. Ihr Einsatz sei ein Paradebeispiel für ehrenamtliches Engagement.

Frau **Stegmann** stellt den Jahresbericht 2017 der Jugendmusikschule Ludwigsburg (JMS) vor. Die JMS habe ein erfolgreiches Jahr hinter sich. 3100 Schüler hätten in Einzelunterricht, Gruppenunterricht und Kooperationsprojekten an der JMS gelernt. Der Anteil der Kinder in Kooperationsprojekten sei sehr hoch. Die Fokussierung auf zwei Bereiche sei sehr erfolgreich. Neben der Breitenförderung finde auch Spitzenförderung statt. Hier seien bei Wettbewerben wie Jugend Musiziert hervorragende Ergebnisse erzielt worden. Neu aufgebaut wurde der Gesangsbereich. Die wirtschaftliche Situation sei gut; Sponsorenverträge seien erweitert worden und die Dynamisierung des Zuschusses habe sehr viel für die JMS gebracht. 2019 werde das 50-jährige Bestehen der JMS gefeiert, für das es viele Ideen gebe. Als Nachfolger im Vorstand seien Herr Schwemmler und Frau Dr. Schneidewind vorgeschlagen worden, die noch vor dem Sommer von der Mitgliederversammlung gewählt werden sollen.

Frau **Schützer** gibt einen Bericht aus dem operativen Schulleben. So seien die Musikimpulse durch die vielzähligen Kontakte zu Kindergärten und Schulen ein großes Standbein. Zwei Drittel der Schüler/innen werden in den Elementarkursen unterrichtet. Es wird darauf geachtet, die Einstiegsangebote sozialverträglich und niederschwellig zu gestalten. Über die Preise für Einzelunterrichte wird in Zukunft geredet werden müssen, so Frau Schützer. Sie verweist auf die Gala-Veranstaltung zum Jubiläum der Jugendmusikschule, die am 28.06.2019 geplant sei.

OBM **Spec** dankt im Namen der Stadt und persönlich für die tolle Arbeit, die in der JMS und von den Personen geleistet werde. Er berichtet, dass eine Evaluation der Strukturen erstellt werden

solle, über die im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales berichtet werde. Wichtig seien ihm die Breiten- und Basisangebote, die Kinder aus sozial schwachen Strukturen gezielt förderten.

In der anschließenden Aussprache bedanken sich die Stadträte **Braumann, Wiedmann, Deetz, F. Lutz** und **Eisele** für die Arbeit der Jugendmusikschule und loben das umfangreiche Bildungsangebot.

Stadtrat **Braumann** erkundigt sich zudem nach der Zusammenarbeit mit den Ludwigsburger Musikvereinen.

Aus Sicht von Stadträtin **Wiedmann** sollte die Stadt den beantragten Zuschuss bei der Bürgerstiftung, falls dieser nicht bewilligt werde, übernehmen.

Stadträtin **Deetz** lobt die JMS und ihren integrativen Ansatz. Sie fragt nach der Verwendung der Mittel aus der Erbschaft und nach den Zuschüssen für das Jubiläumsjahr.

Die Zusammenarbeit mit den Musikvereinen und Chören sei vielfältig, so Frau **Schützer**, bspw. bei „Ludwigsburg singt“. Die JMS sei offen für weitere Kooperationen und bringe sich gerne mit ihrem Know-How ein.

Stadtrat **Weiss** und Stadtrat **Link** weisen darauf hin, dass die Akteure sich nicht gegenseitig den Nachwuchs streitig machen sollten. Eine Zusammenarbeit sollte auf Augenhöhe und im Einvernehmen geschehen.

Laut OBM **Spec** gebe es das Thema der Zusammenarbeit von Musikschule und -vereinen in vielen Städten. Es sollte das gemeinsame Gespräch gesucht werden, eine Win-Win-Situation in der Zusammenarbeit sei zu schaffen.

Frau **Stegmann** ergänzt, dass man hieran arbeiten werde. Die Gelder der Erbschaft seien zweckgebunden für die Förderung von begabten Kindern aus Familien mit niedrigem Einkommen.

OBM **Spec** lässt sodann über die Vorlage 231/18 abstimmen. Die Vorlage werde damit beschlossen.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 5 auf. In Zusammenhang mit dem Jahresabschluss stehe auch der Tagesordnungspunkt 7, der mit Einverständnis des Gremiums vorgezogen wird. OBM Spec verweist auf die Broschüre über die Arbeit des Gemeinderats im vergangenen Jahr. Über die Inhalte der Broschüre sei in der Gemeinderatssitzung am 12.07.2018 Zeit zur Diskussion.

Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) erläutert die Mitteilungsvorlage und stellt die Zahlen des Jahresabschlusses 2017 vor. Die Stadt habe insgesamt ein Plus von 14,4 Mio. Euro, im Ergebnishaushalt sei dies eine Erhöhung um 21 Mio. Euro. Der Finanzhaushalt habe sich um 17,7 Mio. Euro verbessert. Insgesamt seien es gute Zahlen. Die vier Kennzahlen aus dem Stadtentwicklungskonzept seien alle übererfüllt.

Es sei ein ordentliches Ergebnis, so Stadtrat **Braumann**. Nicht alle Projekte seien 2017 umgesetzt worden, manche seien verschoben worden. Dass keine Neukredite aufgenommen werden mussten, sei erfreulich. Die Stadt profitiere insgesamt von der guten wirtschaftlichen Lage. Er hoffe, dass diese Entwicklung andauere. Der Haushalt müsse unter Beobachtung der steigenden Personalkosten, der Verwaltungs-Neustrukturierung, des allgemeinen Aufgabenzuwachses und der steigenden Betreuungskosten gesehen werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** stimmt in das Loblied ein. Er sieht eine hohe Kompetenz bei den Fachbereichen und den Dezernaten. Zurzeit erlebe man eine gute wirtschaftliche Lage. Dies sei verheißungsvoll für die kommenden Jahre. Auch für das laufende Jahr habe er großen Optimismus. Für die kommenden Aufgaben und Investitionen seien gute Zahlen nötig. Die gute Entwicklung werde hoffentlich nicht umschlagen.

Obwohl für große Investitionen im Bildungsbereich, wie z. B. Goethegymnasium oder Kinder- und Familienzentrum in Poppenweiler, wenig Fördergelder genehmigt worden seien, sei man ohne neue Schuldenaufnahme ausgekommen, so OBM **Spec**.

Für Stadtrat **Dr. O'Sullivan** seien es tolle Zahlen. Eingedenk der großen Projekte wie Schulsanierungen und evtl. Landesgartenschau dürfe man nicht übermütig werden. Der Gewinn beträgt 14 Mio. Euro, was 5 % des Gesamthaushaltsvolumens entspreche. Die Gewerbesteuer sei erfreulicherweise über dem Plan ausgefallen. Die Zahlen mahnen aus seiner Sicht, vorsichtig für die Zukunft zu bleiben.

Die Zahlen seien übersichtlich vorgestellt worden, so Stadtrat **Weiss**. Es müsse darauf geachtet werden, keine übermäßig teuren Sanierungen oder Baumaßnahmen durchzuführen. Bei weiterer Entwicklung in diese Richtung überlege die Fraktion, dem kommenden Haushaltsplanentwurf nicht zuzustimmen.

Stadtrat **Eisele** bezeichnet die Zahlen als besonders gut. Kommende Investitionen wie z. B. die Landesgartenschau würden nur über eine Kreditaufnahme funktionieren.

OBM **Spec** stellt abschließend fest, dass das Gremium Kenntnis genommen habe.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH mit einer Bilanzsumme von 183.696.642,06 EUR (VJ 169.038.329,29 EUR) und einem Jahresüberschuss von 2.306.376,83 EUR (VJ 3.191.944,64 EUR) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Der Jahresüberschuss von 2.306.376,83 EUR (Vorjahr: 3.191.944,64 EUR) wird in voller Höhe der Bauerneuerungsrücklage zugeführt.

3. Lagebericht

Den Lagebericht für 2017 zur Kenntnis zu nehmen.

4. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.

5. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschlussvorschlag wird getrennt zur Abstimmung gestellt.

Der Beschluss über die Ziffern 1 bis 4 des Beschlussvorschlags wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadtrat Kube
Stadträtin Liepins
Stadtrat V. Lutz

Der Beschluss über die Ziffer 5 des Beschlussvorschlags wird aufgrund der Befangenheit von OBM Spec von Stadtrat Weiss durchgeführt. Dieser Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadtrat Kube
Stadträtin Liepins
Stadtrat V. Lutz

Befangen: OBM Spec

Stadtrat Braumann
Stadträtin Deetz
Stadtrat Eisele
Stadtrat Dr. O'Sullivan
Stadtrat Prof. Vierling

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 7 den Tagesordnungspunkt 6 Jahresabschluss 2017 der Wohnungsbau (WBL) auf.

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) erläutert den Jahresabschluss anhand von Kennzahlen und der Bilanz. Es sei ein sehr gutes Ergebnis erzielt worden, bei hohen Investitionen gleichzeitig im Bestand und bei Neubauten. Der Jahresüberschuss betrage 2,3 Mio. Euro.

Den Erfolg des Unternehmens habe man im Aufsichtsrat vorgestellt, so Herr **Veit** (Geschäftsführer Wohnungsbau Ludwigsburg). Dem gemeinderätlichen Sozialauftrag komme die Wohnungsbau nach. Bei den Neubauten konnte der günstigste Mietpreis von 7,80 Euro/qm angeboten werden. Er dankt allen Mitarbeitern der Wohnungsbau.

Es sei ein Ergebnis nach Plan, bemerkt Stadtrat **Braumann**. Die WBL sei gut aufgestellt für die Zukunft, die allerdings Herausforderungen berge. Es müsse preisgedämpfter Wohnraum geschaffen, dies allerdings nicht zur Nullrendite. Gleichzeitig müsse Wohnraum für höhere Einkommen gebaut werden. Zu bemerken sei, dass das Bauland in Ludwigsburg immer knapper werde.

Stadtrat **Prof. Vierling** bezeichnet die WBL als wesentlichen Akteur der Stadtpolitik. Er dankt dem Team und der Geschäftsführung für die gute und innovative Arbeit. Die Fertigstellung von Um- und Neubauten nehme an Schwung auf, dies sei eine erfreuliche Entwicklung. Erwähnenswert und ausbaufähig sei auch die Eigenschaft der WBL als Instrument der Stadtentwicklung.

Die WBL habe nicht die Aufgabe, Gewinne zu erwirtschaften, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**, sondern erfülle einen sozialen Auftrag. Erfreulicherweise seien einige neue Wohnungen im letzten Jahr dazugekommen. Auf die Veräußerung von Wohnungen solle zukünftig weitgehend verzichtet werden. Der soziale Wohnungsbau werde erfolgreich querfinanziert. Bei der Klage der Bauträger gegen die Wohnungsbau müsse man die weitere Entwicklung abwarten. Die Fraktion werde die WBL für das Kerngeschäft zugunsten des Sozialauftrages weiter unterstützen.

Laut OBM **Spec** habe es bereits in der Vergangenheit Projekte der Stadtentwicklung in Oßweil gegeben, kürzlich ein gemeinsames Projekt von Stadt und WBL in der Bietigheimer Straße. Die weitere Entwicklung in diesem Bereich müsse man vereinbaren.

Die WBL leiste gute Arbeit, führt Stadtrat **Weiss** aus. Die sozialen Aufgaben dürften nicht überfordert werden. In der aktuellen Niedrig-Zins-Phase erlebe die Baubranche eine spannende Zeit. Langfristig müsse die Balance zwischen der Erwirtschaftung der Rendite einerseits und dem sozialen Auftrag andererseits stimmen.

Stadtrat **Eisele** schließt sich dem Dank an. Die Erträge aus der Bauträgetätigkeit würden die sozialverträglichen Wohnmieten finanzieren. Er fragt, ob die Cubes für normales Wohnen geplant seien.

Herr **Veit** pflichtet bei, dass die Balance gehalten werden müsse. Die ausschließliche Erwirtschaftung von Rendite sei nicht die Aufgabe der WBL. Zu Schaffen mache der Immobilienbranche die Steigerung der Baukosten. Der Umfang der Bauträgetätigkeit in den vergangenen Jahren sei nicht wettbewerbsbestimmend gewesen. Auf der Karlshöhe habe der Spatenstich für einen Cube in Mischnutzung stattgefunden aus Unterbringung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Studentenwohnungen. In Grünbühl werden zwei Cubes für reine Wohnnutzung gebaut werden, davon eine Wohnung zum Probewohnen.

OBM **Spec** führt aus, dass die Entwicklung der Cubes, also der seriellen Vorfertigung in Holz-Modulbauweise zur Preisdämpfung und für gute Wohnqualität gemacht worden sei. Dies sei ein klares Ziel vor dem Hintergrund der Preisentwicklung im konventionellen Mietmarkt und ebenso unter dem Aspekt des Klimawandels. OBM Spec stellt sodann die Vorlage zur Abstimmung. Die Beschlussfassung erfolgt getrennt. Zunächst erfolgt die Abstimmung über die Beschlussziffern 1 bis 4.

Die Beschlussfassung über Ziffer 5 übernimmt aufgrund der Befangenheit von OBM Spec Stadtrat **Weiss**. Die Mitglieder des Ausschusses OBM Spec, sowie die Stadträte Braumann, Eisele, Dr. O'Sullivan und Prof. Vierling und Stadträtin Deetz sind aufgrund ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats der WBL befangen.

Beschlussempfehlung:

Der überplanmäßige Aufwand wird im Ergebnishaushalt des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 215.000 € genehmigt.

Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen der Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
 Stadtrat Kube
 Stadträtin Liepins
 Stadtrat V. Lutz

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Mit Einverständnis des Gremiums wird dieser Tagesordnungspunkt vor dem Tagesordnungspunkt 6 behandelt.

Seitens des Gremiums wird auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet. OBM **Spec** lässt sodann über die Beschlussvorlage 228/18 abstimmen.

Bekanntgabe des Beschlusses:

1. Die Stadt Ludwigsburg beteiligt sich für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2021 weiter mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von maximal 110.000,- € am Ludwigsburger Innenstadtverein (LUIS e.V.). Die Höhe der städtischen Beteiligung orientiert sich weiterhin an der Summe der von den Vereinsmitgliedern eingehenden Beiträge und Sponsorings, ist jedoch nach oben gedeckelt.
2. Die Stadt Ludwigsburg unterstützt für drei Jahre, befristet bis 31.12.2021, durch einen jährlichen Zuschuss von 70.000,- € die Schaffung einer Stelle für das Thema „Digitalisierung“ im Bereich der Innenstadtentwicklung sowie die Fortsetzung der befristeten Deputatserhöhung um 20 %, für die Stelle des Innenstadtbeauftragten. Die neu zu schaffende Stelle wird in den Ludwigsburger Innenstadtverein (LUIS e.V.) integriert.

Beratungsverlauf:

Der Beschluss, den der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 24.04.2018 in nicht-öffentlicher Sitzung einstimmig gefasst hat, wird bekanntgegeben.

Anschließend schließt OBM **Spec** den öffentlichen Teil der Sitzung.